

*Und dient einander,
ein jeder mit der Gabe,
die er empfangen hat,
als die guten Haushalter
der mancherlei Gnade Gottes*
(DER ERSTE BRIEF DES PETRUS 4,10)

Satzung

über die Finanzverteilung im Evangelisch-lutherischen Kirchenkreis Syke-Hoya (Finanzsatzung)

in der Fassung des Beschlusses des Kirchenkreistages
vom 4. Dezember 2008,
geändert durch Beschluss vom 7. Juni 2011
geändert durch Beschluss vom 25. Januar 2012
geändert durch Beschluss vom 13. November 2012
geändert durch Beschluss vom 25. September 2013
geändert durch Beschluss vom 18. November 2014
geändert durch Beschluss vom 15. Juli 2015
geändert durch Beschluss vom 13. Dezember 2016
geändert durch Beschluss vom 21. November 2017
geändert durch Beschluss vom 4. Dezember 2018

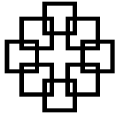
Der Kirchenkreistag des Evangelisch-lutherischen Kirchenkreises Syke-Hoya beschließt gemäß § 21 des Kirchengesetzes über den Finanzausgleich in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers¹ folgende Satzung:

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 Grundsätze

- § 1 Grundsätze der Finanzplanung im Kirchenkreis
- § 2 Grundsätze für die Einnahmen der Kirchengemeinden
- § 3 Stellenrahmenplanung der allgemeinen kirchlichen Arbeit
- § 4 Grundsätze für die Umsetzung der Finanzplanung
- § 4a Grundsätze für die Fortschreibung und Umsetzung der Stellenrahmenplanung

¹ Finanzausgleichsgesetz – FAG



Teil 2 Zuweisungsarten

- § 5 Allgemeines
- § 6 Grundzuweisung
- § 7 Ergänzungszuweisung

Teil 3 Zuweisungsfestsetzungen

Abschnitt I Personal

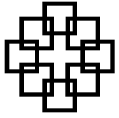
- § 8 Grundzuweisung für Personalausgaben für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
- § 9 Bemessung des Personalumfanges, Stellenrahmenplan
- § 10 Mitarbeiterstellen für Organistendienste und für sonstige Kirchenmusikerstellen
- § 11 Stellenrahmenplan für Mitarbeiterstellen für Pfarramtssekretäre und Pfarramtssekretärinnen, Hilfskräfte im Pfarramt, Schreibkräfte und Verwaltungsangestellte in Kirchengemeinden
- § 12 Stellenrahmenplan für Mitarbeiterstellen für Küster und Küsterinnen sowie für Hausmeister und Hausmeisterinnen
- § 13 Stellenrahmenplan für Mitarbeiterstellen für Raumpfleger und Raumpflegerinnen sowie für Außenpfleger und Außenpflegerinnen
- § 14 Nicht in Anspruch genommene Stundenanteile aus der Pauschalierung

Abschnitt II Sachausgaben

- § 15 Grundzuweisung für Sachausgaben
- § 16 Ergänzungszuweisung für Sachausgaben

Abschnitt III Baupflege

- § 17 Zuweisungen für Baupflege
- § 18 Grundzuweisung für Kirchen- und Kapellengebäude
- § 19 Grundzuweisung für Gemeindehäuser und –räume
- § 20 Grundzuweisung für Pfarrhäuser
- § 21 Ergänzungszuweisung für Baupflege
- § 22 Schönheitsreparaturen in Pfarrdienstwohnungen
- § 23 Nicht zuweisungsberechtigte Gebäude und Anlagen



Abschnitt IV Schuldendienste

- § 24 Schuldendienste

Abschnitt V Kindertagesstätten

- § 25 Grundzuweisung für Kindertagesstätten
§ 26 Ergänzungszuweisung für Kindertagesstätten

Abschnitt VI Ländereien

- § 27 Grundzuweisung für Ländereien
§ 28 Ergänzungszuweisung für Ländereien

Abschnitt VII Rücknahme von Zuweisungen

- § 29 Rückforderung und Widerruf von Zuweisungen

Abschnitt VIII Anrechnung von Einnahmen

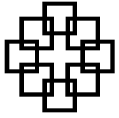
- § 30 Anrechnungen von Einnahmen
§ 31 Abzugsfähige Ausgaben
§ 32 Nicht abzugsfähige Ausgaben
§ 33 Nicht anrechenbare Einnahmen

Teil 4 Rücklagen- und Darlehensfonds

- § 34 Bildung und Aufgaben des Fonds
§ 35 Aufgaben des Kirchenkreisvorstandes
§ 36 Verzinsung von Einlagen
§ 37 Ausscheiden aus dem Fonds
§ 38 Darlehen
§ 39 Verwaltung und Geschäftsführung
§ 40 Rechnungsführung

Teil 5 Grundsätze des Gebäudemanagements

- § 41 Grundsätze für Gebäudebestand



- § 42 Grundsätze des Gebäudemanagements
- § 43 Einführung eines einheitlichen Gebäudemanagements

Teil 6 Zentrale Dienste

- § 44 Kosten und Finanzierung der Mitarbeitervertretung
- § 45 Finanzierung des Kirchenkreisamtes

Teil 7 Schlussbestimmungen

- §.46 Bekanntmachung
- §.47 Inkrafttreten

Teil 1 Grundsätze

§ 1

Grundsätze der Finanzplanung im Kirchenkreis

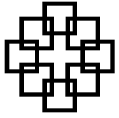
(1) Der Kirchenkreis Syke-Hoya erhält nach Maßgabe des Kirchengesetzes über den Finanzausgleich in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers eine Gesamtuweisung aus dem Haushalt der Landeskirche und entwickelt unter Berücksichtigung von Leistungen anderer Stellen und sonstigen Einnahmen² zur Erfüllung der kirchlichen Aufgaben im Kirchenkreis und den seiner Aufsicht unterstehenden kirchlichen Körperschaften eine Finanzplanung.

(2) Die Finanzplanung ist Grundlage für die Haushaltsplanung und muss für jedes Haushaltsjahr in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein, ohne dass Kredite aufgenommen werden müssen. Veräußerungserlöse und ähnliche einmalige Einnahmen sind nicht zur Sicherstellung des Haushaltsausgleichs heranzuziehen. Sofern sie nicht zweckgebunden zu verwenden sind oder für Investitionen im Rahmen der Optimierung des Gebäudebestandes benötigt werden, sind sie zur Stärkung der Rücklagen einzusetzen. Die besonderen Vorschriften über die Verwendung von Erlösen aus Grundstücksveräußerungen bleiben unberührt.

(3) Zweckgebundene Einnahmen und Einnahmen aus Gebühren und Entgelten sind zweckentsprechend zuzuordnen.

(4) Für die Finanzplanung werden die voraussichtlichen Einnahmen zum Ausgleich möglicher Einnahmerückgänge um 1,5 % je Haushaltsjahr reduziert (Schwankungsreserve; Anlage 1). Sind bei der Haushaltsplanung Mehreinnahmen zu erwarten, sollen diese zum Aufbau der Allgemeinen Ausgleichsrücklage bzw. der jeweiligen zweckgebundenen Rücklagen des Kirchenkreises vorgesehen werden.

² eigene Einnahmen des Kirchenkreises und Einnahmen aus dem Finanzausgleich mit den Kirchengemeinden



§ 2

Grundsätze für die Einnahmen der Kirchengemeinden

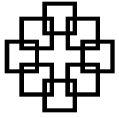
- (1) Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, Vermögensteile, die zur Erzielung von Erträgen geeignet sind, im Rahmen ihrer Zweckbestimmung so zu verwalten, dass sie angemessene Erträge erbringen und diese in den zwischengemeindlichen Finanzausgleich des Kirchenkreises (Finanzplanung des Kirchenkreises) mit einzubringen.
- (2) Dazu gehören insbesondere die Einnahmen aus Geldvermögensanlagen, Beteiligungen, Grundvermögen, Rechten und anderen Leistungen Dritter (z.B. Zinsen, Pachten, Mieten, Erbbauzinsen, sonstige Nutzungsentschädigungen, Erlöse oder Zuschüsse) sowie Erträge aus Wohn- und Geschäftsgrundstücken, die nach Absetzung der notwendigen Aufwendungen zuzüglich angemessener Beträge zur Bildung von Rücklagen verbleiben.
- (3) Zu den Erträgen gehören insbesondere nicht, Einnahmen aus
1. Vermögen, das für einen bestimmten Zweck gestiftet worden ist,
 2. Vermögen, das auf freiwilligen Gaben beruht,
 3. der Vermietung und der gelegentlichen Überlassung von Gebäuden oder Gebäudeteilen
 4. dem Betrieb von Friedhöfen,
 5. dem Betrieb von Kindergärten und Kindertagesstätten,
 6. dem Betrieb ambulanter pflegerischer Dienste,
 7. dem Betrieb sich selbstfinanzierender Einrichtungen.

§ 3

Stellenrahmenplanung der allgemeinen kirchlichen Arbeit

- (1) Der Kirchenkreisvorstand legt zu Beginn des Planungsprozesses für den kommenden Planungszeitraum fest, welche Beträge aus dem Zuweisungsplanwert, den zu erwartenden Verwaltungskostenumlagen, Leistungen Dritter und sonstigen Einnahmen für die Stellenrahmenplanung der allgemeinen kirchlichen Arbeit zur Verfügung stehen („Obergrenze“ Anlage 2). Dabei ist zu gewährleisten, dass genügend Mittel zur Finanzierung auch des Sach- und Bauaufwandes bei der Wahrnehmung der Aufgaben des Kirchenkreises und der Kirchengemeinden zur Verfügung stehen.
- (2) Näheres regelt der Kirchenkreistag durch die Beschlussfassung des Haushaltsplanes.
- (3) Beschlüsse eines Kirchenvorstandes über die
1. Begründung eines Dienstverhältnisses,
 2. Änderung eines Dienstverhältnisses oder
 3. über die Erhöhung der Arbeitszeit

bedürfen der kirchenaufsichtlichen Genehmigung durch den Kirchenkreisvorstand. Ausgenommen von dieser Regelung sind Mitarbeiterinnen im ambulanten Pflegedienst, Mitarbeiterinnen in der Haus- und Familienpflege oder Angestellte in Tageseinrichtungen für Kinder, soweit eine



freie besetzbare Mitarbeiterstelle vorhanden ist.

Die kirchenaufsichtlichen Genehmigungen des Landeskirchenamtes bleiben davon unberührt.

§ 4

Grundsätze für die Umsetzung der Finanzplanung

Die Umsetzung der Finanzplanung erfolgt durch den Kirchenkreisvorstand und richtet sich nach § 24 Finanzausgleichsgesetz in Verbindung mit der Rechtsverordnung über die Finanzausgleichsverordnung.

§ 4a³

Grundsätze für die Fortschreibung und Umsetzung der Stellenrahmenplanung

(1) Der Kirchenkreisvorstand wird bevollmächtigt, den Stellenrahmenplan oder Stellenplan auch während des Planungszeitraums anzupassen und fortzuschreiben (Errichtung, Veränderungen und Aufhebung von Planstellen), soweit es sich nicht um folgende Planstellen handelt:

- Pfarrstellen,
- Diakonenstellen oder
- A und B-Stellen für Kirchenmusik

In diesen Fällen bedarf es eines Beschlusses des Kirchenkreistages. Ausgenommen hiervon sind Stellenänderungen im Umfang von 25 % oder Stellenänderungen ohne finanzielle Auswirkungen.

(2) Der Kirchenkreisvorstand wird ferner bevollmächtigt, im Rahmen der geltenden Bestimmungen pfarramtliche Veränderungen zu errichten, zu ändern oder aufzuheben, wenn dieses einvernehmlich von den beteiligten Kirchenvorständen befürwortet wird.

(3) Im Falle einer Vakanz einer im Stellenrahmenplan des Kirchenkreises ausgewiesenen und besetzbaren Pfarrstelle, Diakonenstelle oder A- und B-Stelle für Kirchenmusik wirkt der Kirchenkreisvorstand darauf hin, dass die von der Vakanz betroffenen Kirchengemeinden Unterstützung erhalten.⁴

(4) Im Übrigen trifft der Kirchenkreisvorstand die zur Umsetzung des Stellenrahmenplanes erforderlichen Maßnahmen.

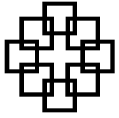
Teil 2 Zuweisungsarten

§ 5 Allgemeines

(1) Die Kirchengemeinden, die dem Evangelisch-lutherischen Kirchenkreis Syke-Hoya angeschlossen sind, werden durch Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplanes des Evangelisch-

³ ergänzt durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 13. November 2012; geändert durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 15. Juli 2015

⁴ ergänzt durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 4. Dezember 2018



lutherischen Kirchenkreises Syke-Hoya nach den folgenden Vorschriften in den Stand gesetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen.

(2) Zuweisungen nach Abs. 1 sind Grundzuweisungen und Ergänzungszuweisungen. Die Vorschriften über die landeskirchlichen Einzelzuweisungen bleiben unberührt.

(3) Für die Errechnung im Einzelnen gelten die §§ 8 bis 28; die Beträge dürfen zur Vereinfachung auf volle Euro auf- oder abgerundet werden. Aufrunden ist möglich, wenn in der ersten Dezimalstelle ein größerer Rest als vier verbleibt, im Übrigen kann abgerundet werden. Das Gleiche gilt für nach §§ 30 bis 33 anzurechnende Beträge.

§ 6 Grundzuweisung

(1) Die Kirchengemeinden erhalten vom Kirchenkreis eine Grundzuweisung. Sie berücksichtigt den Bedarf für

- a) Personalausgaben
- b) Sachausgaben
- c) Baupflege
- d) Schuldendienste
- e) Kindergärten

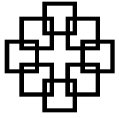
(2) Die Grundzuweisungen nach Absatz 1 Buchstabe a) und Buchstaben c) bis e) sind zweckgebunden.

§ 7 Ergänzungszuweisung

(1) Über die Grundzuweisung hinaus erhalten die Kirchengemeinden vom Kirchenkreis Ergänzungszuweisungen, die sie in den Stand setzen, ihre Aufgaben den gemeindlichen Verhältnissen entsprechend zu erfüllen. Die Ergänzungszuweisungen berücksichtigen den Bedarf für

- a) Sachausgaben, mit Ausnahme der sich selbstfinanzierenden Einrichtungen,
- b) Bauinstandsetzungen,
- c) die Verbesserung von Rahmenbedingungen der Kindergartenarbeit und für andere Maßnahmen im Kindergartenbereich,
- d) die Verbesserung und Erhaltung des Grundbesitzes, soweit es sich um Maßnahmen für Kirchen- und Küstereiländereien handelt.

(2) Ergänzungszuweisungen sind stets zweckgebunden, soweit sich aus den nachfolgenden Vorschriften nichts anderes ergibt.



Teil 3

Zuweisungsfestsetzungen

Abschnitt I

Personal

§ 8

Grundzuweisung für Personalausgaben für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

(1) Die Kirchengemeinden erhalten eine Zuweisung in Höhe des tatsächlichen Bedarfs (Vergütungen, Löhne, Sozialabgaben, Beiträge) soweit der Kirchenkreisvorstand die Übernahme der Personalaufwendungen zugesagt und die Anstellung des Mitarbeiters und der Mitarbeiterin im Rahmen einer genehmigten und zur Besetzung freigegebenen Mitarbeiterstelle in folgenden Arbeitsgebieten erfolgte:

- a) Mitarbeiterstellen für Diakone und Diakoninnen,
- b) Mitarbeiterstellen für Kirchenmusiker und Kirchenmusikerinnen mit Studienabschluss A oder B,
- c) Mitarbeiterstellen für sonstige Kirchenmusikerstellen (Organisten und Organistinnen, Chorleiter und Chorleiterinnen),
- d) Mitarbeiterstellen für Pfarrsekretäre und Pfarrsekretärinnen, Hilfskräfte im Pfarramt, Schreibkräfte und Verwaltungsangestellte in Kirchengemeinden,
- e) Mitarbeiterstellen für Küster, Küsterinnen, Hausmeister, Hausmeisterinnen, Raumpfleger und Raumpflegerinnen sowie für Außenpfleger und Außenpflegerinnen,

Die Mitarbeiterstellen Buchstabe c) bis e) bilden einen Stellenpool.

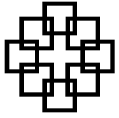
(2) Soweit Kirchengemeinden zusätzliche Mittel zur Finanzierung von ansonsten zuweisungsbedeckten Planstellen nach Absatz 1 Buchstaben a) und b) akquirieren, werden diese auf die Zuweisung des Kirchenkreises angerechnet. Wenn durch solche Förderung Minderausgaben für den Kirchenkreis entstehen, können diese Mittel auf gesonderten Antrag in begründeten Fällen den Kirchengemeinden zweckgebunden als Ergänzungszuweisung zugewiesen werden. Gleiches gilt für das Einwerben von Finanzmitteln für Pfarrstellen.⁵

(3) Ein Vergütungs- und Lohnbedarf für nicht unständig Beschäftigte wird nur zugewiesen, wenn vom Kirchenkreisvorstand im Einzelfall die Notwendigkeit des Einsatzes anerkannt wird.

(4) Sonstige Personalaufwendungen⁶ für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen können vom Kirchenkreis übernommen werden, wenn jeweils eine entsprechende Zusage des Kirchenkreisvorstandes vorliegt.

⁵ ergänzt durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 4. Dezember 2018

⁶ z.B. Altersteilzeit- oder Abfindungskosten



(5) Bei den zu berücksichtigenden Personalausgaben bleiben die Ausgaben für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen außer Betracht, für die die erforderlichen Mittel aus eigenen Einnahmen, die nicht der Anrechnung unterliegen, bereitgestellt werden („selbstfinanzierende Einrichtungen“).

§ 9

Bemessung des Personalumfanges; Stellenrahmenplan

(1) Der Kirchenkreis stellt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten den Kirchengemeinden aus der landeskirchlichen Gesamtzuweisung Mittel zur Finanzierung von Mitarbeiterstellen zur Verfügung. Der jeweils gültige Stellenrahmenplan des Kirchenkreises ist verbindlich.

(2) Für die Mitarbeiterstellen des Stellenpools⁷ gilt mit Ausnahme der Mitarbeiterstellen für den Organistendienst Folgendes:

Für die Berechnung des Stellenpools gelten die §§ 11 bis 13. Die Änderungen, die sich aus der Neuberechnung der Wochenstunden der Mitarbeiterstellen ergeben, sollen bei Neubesetzung bzw. Umstrukturierung der Mitarbeiterstellen in künftigen Dienstverträgen auf Antrag im Rahmen der vorhandenen Mittel berücksichtigt und angewandt werden. Bei der Entscheidung, ob eine Erhöhung der Wochenstundenzahl einer einzelnen Mitarbeiterstelle genehmigt werden kann, ist auf die gesamte Stundenausstattung, die die Kirchengemeinde aus der Personalkostenpauschale für besondere Arbeitsbereiche erhält, abzustellen. Eine Erhöhung ist daher nur dann möglich, wenn die Kirchengemeinde in der Addition der gesamten Stundenausstattung Anspruch auf Erhöhung des Stundenumfanges hat.⁸ Im Gegenzug ist ein Eingriff in laufende Dienstverträge nicht vorgesehen (Bestandschutz).

§ 10

Mitarbeiterstellen für Organistendienste und für sonstige Kirchenmusikerstellen

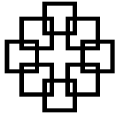
(1) Die Kirchengemeinden erhalten für die gottesdienstliche kirchenmusikalische Begleitung sowie für Kasualien eine Organistenstelle bis zur Qualifikation einer C-Prüfung.

(2) Soweit in diesem Rahmen Vertretungsdienste anfallen, werden diese der Kirchengemeinde im Rahmen der Grundzuweisung am Jahresende in konkreter Höhe zugewiesen.

(3) Der Kirchenkreisvorstand kann auf Einzelantrag im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel darüber hinaus eine Grundzuweisung zur Mitfinanzierung der Kosten einer Chorleiterstelle gewähren.

⁷ § 4 Absatz 1 Buchstabe c) bis e)

⁸ In der Anlage 3 ist ein Beispiel zu dieser Regelung aufgenommen.



§ 11
Stellenrahmenplan für
Mitarbeiterstellen für Pfarramtssekretäre und Pfarramtssekretärinnen,
Hilfskräfte im Pfarramt, Schreibkräfte und
Verwaltungsangestellte in Kirchengemeinden

(1) Der Kirchenkreis gewährt den Kirchengemeinden nach den nachfolgenden Schlüsseln Mitarbeiterstellenstunden für Pfarramtssekretäre und Pfarramtssekretärinnen, für Hilfskräfte im Pfarramt, für Schreibkräfte und Verwaltungsangestellte in Kirchengemeinden:

1. Grundausrüstung:

- Für Gemeinden mit mindestens 1.000 Gemeindeglieder = 5,00 Wochenstunden
- Für Gemeinden unter 1.000 Gemeindeglieder =3,00 Wochenstunden

2. Zuschläge :

- ab 2.000 Gemeindeglieder für
je angefangene weitere 1.000 Gemeindeglieder =1,00 Wochenstunden
- zusätzlich für eine zweite und jede weitere Pfarrstelle =2,00 Wochenstunden
- zusätzlich für jede 100 % Diakonenstelle =2,00 Wochenstunden
- zusätzlich für jede 100 % Kirchenmusikerstelle =2,00 Wochenstunden

9

(3) Bei einer Neubesetzung sind die nach dem Datenbestand des Kirchlichen Rechenzentrums geführten und fortgeschriebenen Gemeindegliederverzeichnisse die maßgebliche Grundlage für die Zählung der Gemeindegliederzahl zum Stichtag 30. Juni des Vorjahres.

(3) Der Kirchenkreis gewährt Kirchengemeinden auf deren Antrag für die Dauer einer Pfarrstellenvakanz etwaige Personalkosten für Mehrstunden für Pfarrbüroarbeiten im Umfang von bis zu drei Wochenstunden. Die drei Wochenstunden können innerhalb des Vakanzzzeitraumes kumuliert werden. Die Ergänzungszuweisung wird losgelöst von einer tatsächlichen Besetzung der Mitarbeiterstelle im Pfarrsekretariat und deren Umfang gewährt. ¹⁰

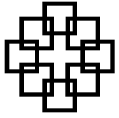
(4) Anfallende Vertretungskosten müssen grundsätzlich vor Ort durch die Kirchengemeinden finanziert werden. Auf Einzelantrag kann der Kirchenkreisvorstand in begründeten Ausnahmen Ergänzungszuweisungen zur Mitfinanzierung von Vertretungskosten gewähren.

§ 12
Stellenrahmenplan für
Mitarbeiterstellen für Küster und Küsterinnen
sowie für Hausmeister und Hausmeisterinnen

(1) Der Kirchenkreis gewährt den Kirchengemeinden nach den nachfolgenden Schlüsseln Mitarbeiterstellenstunden für Küster und Küsterinnen sowie für Hausmeister und Hausmeisterinnen:

⁹ gestrichen durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 25. Januar 2012: "**3. Abschlüsse:** Nach der Addition der Grundausrüstung und der Zuschläge erfolgt von der Summe ein Gemeinschaftsabschlag in Höhe von 10 %."

¹⁰ ergänzt durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 4. Dezember 2018



1. Grundausrüstung:

- pro 100 Gemeindeglieder = 7,50 Jahresstunden

2. Zuschläge :

- pro Hauptgottesdienst = 2,50 Wochenstunden
- pro Taufe = 1,50 Wochenstunden
- pro Trauung = 2,00 Wochenstunden

11

(2) Bei einer Neubesetzung sind die nach dem Datenbestand des Kirchlichen Rechenzentrums geführten und fortgeschriebenen Gemeindegliederverzeichnisse die maßgebliche Grundlage für die Zählung der Gemeindegliederzahl zum Stichtag 30. Juni des Vorjahres.

(3) Zur Ermittlung der Anzahl der Hauptgottesdienste, Taufen und Trauungen sind die Durchschnittswerte aus der Statistik der Evangelischen Kirchen in Deutschland - Tabelle II - für die Jahre 2004 bis 2006 zu Grunde zu legen.

(4) Vertretungsdienste sollen vor Ort durch die Kirchengemeinden sichergestellt werden. Anfallende Vertretungskosten müssen grundsätzlich durch die Kirchengemeinden eigenverantwortlich finanziert werden. Auf Einzelantrag kann der Kirchenkreisvorstand in begründeten Ausnahmen Ergänzungszuweisungen zur Mitfinanzierung von Vertretungskosten gewähren.

§ 13

Stellenrahmenplan für Mitarbeiterstellen für Raumpfleger und Raumpflegerinnen sowie für Außenpfleger und Außenpflegerinnen

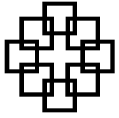
(1) Der Kirchenkreis gewährt für die zuweisungsberechtigten Gebäude und Außenflächen den Kirchengemeinden nach den nachfolgenden Schlüsseln Mitarbeiterstellenstunden für Raumpfleger und Raumpflegerinnen sowie für Außenpfleger und Außenpflegerinnen:

Tätigkeiten	Bemessungswerte
Reinigung Kirche	150 qm/ Std.
Reinigungshäufigkeit	1 wöchentlich
Reinigung Gemeindehaus	150 qm/ Std.
Reinigungshäufigkeit	2 wöchentlich
Rasenmähen/Laub harken	600 qm/Std./Wo./6 Mon. Rasen/2 Mon Laub x 3 = 24 jährlich
Beet	500 qm/Std./Wo. 52 jährlich
Wege	500 qm/Std./Wo. 52 jährlich

12

¹¹ gestrichen durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 25. Januar 2012: "**3. Abschlüsse:** Nach der Addition der Grundausrüstung und der Zuschläge erfolgt von der Summe ein Gemeinschaftsabschlag in Höhe von 10 %."

¹² Zusatz gestrichen durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 25. Januar 2012: "-Nach der Addition erfolgt von der Summe ein Gemeinschaftsabschlag in Höhe von 10 %."



(2) Vertretungsdienste sollen vor Ort durch die Kirchengemeinden sichergestellt werden. Anfallende Vertretungskosten müssen grundsätzlich durch die Kirchengemeinden eigenverantwortlich finanziert werden. Auf Einzelantrag kann der Kirchenkreisvorstand in begründeten Ausnahmen Ergänzungszuweisungen zur Mitfinanzierung von Vertretungskosten gewähren.

§ 14¹³

Nicht in Anspruch genommene Stundenanteile aus der Grundzuweisung für Personalausgaben

(1) Im Falle der Vakanz einer im Stellenrahmenplan des Kirchenkreises ausgewiesenen und besetzbaren Pfarrstelle, Diakonenstelle oder A- und B-Stelle für Kirchenmusik erhalten Kirchengemeinden auf Antrag zur Deckung von entstehenden Mehrkosten einen monatlichen Pauschalbetrag in Höhe von 500,- Euro für eine volle Planstelle als Ergänzungszuweisung zugewiesen. Bei Planstellen mit eingeschränktem Umfang wird der Pauschalbetrag entsprechend anteilig gewährt. Die Zuweisung wird ab dem ersten vollen Monat der Vakanz bis zu dem Monat gewährt, in dem die Vakanz endet.

Bei Planstellen, die für mehrere Kirchengemeinden eingerichtet sind (z.B. pfarramtliche Verbindungen, regionale Diakonenstellen), wird der Pauschalbetrag entsprechend der Gemeindeglieder (Stand 30. Juni des Vorjahres) auf die jeweils beteiligten Kirchengemeinden aufgeteilt, wobei der Betrag auf volle 10 Euro zu runden ist.

(2) Bei im Stellenrahmenplan des Kirchenkreises ausgewiesenen und besetzbaren Pfarrstellen gilt Absatz 1 auch, soweit das Landeskirchenamt auf eine Verrechnung einer Pfarrstellen oder Teile dieser nach dem Finanzausgleich verzichtet.

(3) Sofern eine Kirchengemeinde nicht die gesamte Stundenausstattung, die die Kirchengemeinde aus dem Stellenpool¹⁰ erhalten könnte, in Anspruch nimmt, können ihr auf Einzelantrag am Jahresende pro nicht in Anspruch genommener Wochenstunde pro Jahr 750 Euro als Ergänzungszuweisung gewährt werden.

(4) Die Ergänzungszuweisungen unterliegen keiner Zweckbindung.

Abschnitt II Sachausgaben

§ 15

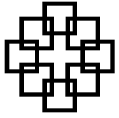
Grundzuweisung für Sachausgaben

(1) Auf Grundlage der Anzahl der Gemeindeglieder und der Art der Gebäude sowie für die vom Kirchenkreisvorstand anerkannten Gebäude oder Gebäudeteile erhält jede Kirchengemeinde zur Abdeckung des gebäude-, funktions- und gemeindegliedbezogenen Bedarfes jeder Kirchengemeinde eine Zuweisung, die sich wie folgt bemisst:

1. Grundbetrag:

- pro Kirchengemeinde = 1.065,00 Euro¹⁴

¹³ Neufassung durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 4. Dezember 2018



2. Zuschlag für Gemeindemitglieder

pro Gemeindemitglieder, der sich nach der Größe der Kirchengemeinde richtet¹⁵:

- a) für das 1. bis zum 500. Gemeindemitglied = 2,80 Euro,
- b) für das 501. bis zum 1.000. Gemeindemitglied = 4,20 Euro,
- c) für das 1.001. bis zum 2.000. Gemeindemitglied = 5,60 Euro,
- d) für das 2.001. bis zum 3.000. Gemeindemitglied = 3,50 Euro,
- e) für das 3.001. bis zum 4.000. Gemeindemitglied = 2,80 Euro,
- f) für das 4.001. bis zum 5.000. Gemeindemitglied = 2,45 Euro,
- g) für das 5.001. bis zum 6.000. Gemeindemitglied = 2,10 Euro,
- h) ab dem 6.001. Gemeindemitglied = 1,75 Euro.

3. Zuschlag Kirchen und Kapellen

je m³ umbauter Raum der Kirchen und Kapellen:

- a) bis 10.000 m³ = 1,02 Euro
- b) für jeden weiteren m³ = 0,82 Euro

4. Zuschlag für anerkannte Gemeindeglieder und Gemeinderäume

je anerkannte m² der Gemeindeglieder und Gemeinderäume = 16,53 Euro

5. Mindestbetrag

Ergibt sich bei der Berechnung der Zuweisung nach den Ziffern 1 bis 4 ein geringerer Betrag als 6.950,00 Euro, so wird ein Mindestbetrag in Höhe von 6.950,00 Euro¹⁶ zugewiesen.

(2) Maßgebliche Grundlage für die Zählung der Anzahl der Gemeindemitglieder sind die nach dem Datenbestand des Kirchlichen Rechenzentrums geführten und fortgeschriebenen Gemeindegliederverzeichnisse jeweils zum Stichtag 30. Juni des Vorjahres des Haushaltsplanjahres. Bei einem Doppelhaushalt gilt die Anzahl der Gemeindeglieder für beide Haushaltsplanjahre.

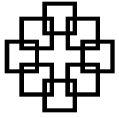
(3) Für die Ermittlung der anerkannten Gemeindehaus- und Gemeindegliederfläche gilt § 19 Absatz 2. Die Entscheidung darüber, ob zu einem späteren Zeitpunkt ein Gebäude ganz oder zu einem Teil gemäß Satz 1 berücksichtigt oder unberücksichtigt bleibt, trifft der Kirchenkreisvorstand nach Anhörung des Kirchenvorstandes. Es dürfen jedoch nur Gebäude oder Gebäudebestandteile Berücksichtigung finden, die unmittelbar zur Wahrnehmung kirchlicher Aufgaben benötigt werden.

¹⁴ neu gefasst durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 18. November 2014

¹⁵ Sätze erhöht durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 13. Dezember 2016; vormals

- a) für das 1. bis zum 500. Gemeindemitglied = 2,00 Euro,
- b) für das 501. bis zum 1.000. Gemeindemitglied = 3,00 Euro,
- c) für das 1.001. bis zum 2.000. Gemeindemitglied = 4,00 Euro,
- d) für das 2.001. bis zum 3.000. Gemeindemitglied = 2,50 Euro,
- e) für das 3.001. bis zum 4.000. Gemeindemitglied = 2,00 Euro,
- f) für das 4.001. bis zum 5.000. Gemeindemitglied = 1,75 Euro,
- g) für das 5.001. bis zum 6.000. Gemeindemitglied = 1,50 Euro,
- h) ab dem 6.001. Gemeindemitglied = 1,25 Euro.

¹⁶ Satz erhöht durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 13. Dezember 2016 (vormals 6.000 Euro)



(4) Wird ein in dieser Weise bei der Zuweisung zu berücksichtigendes Gebäude oder Gebäudebestandteile verkauft oder ersatzlos abgebrochen, so erhält die Kirchengemeinde einmalig eine Zuweisung in Höhe des Dreifachen des zu Grunde zu legenden Zuweisungsbetrages zum Zeitpunkt des Verkaufes oder Abbruches.

§ 16

Ergänzungszuweisung für Sachausgaben

(1) Im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel können den Kirchengemeinden nach Ausschöpfung von Eigenmitteln und Zuschüssen sonstiger Dritter auf Antrag Ergänzungszuweisungen insbesondere aus folgenden Anlässen gewährt werden:

- 1) für **kirchengemeindliche Veranstaltungen**, die nach Art oder Umfang deutlich überörtlichen Charakter haben.
- 2) für **Lager, Freizeiten, Tagungen der Jugendgruppen** wird ein Zuschuss in Höhe von 5,00 Euro¹⁷ je Tag und Teilnehmer oder Teilnehmerin gewährt. Für je angefangene 10 Teilnehmer oder Teilnehmerinnen wird in der Regel ein leitender Mitarbeiter oder eine leitende Mitarbeiterin (außer bei Tagungen) mit 7,50 Euro¹⁸ pro Tag bezuschusst.

Lager und Freizeiten von Christlichen Pfadfindergruppen können nur berücksichtigt werden, wenn diese kassenmäßig und buchhalterisch über den Haushalt ihrer jeweiligen Kirchengemeinde geführt werden.

- 3) für **Freizeiten von Gruppen**¹⁹ innerhalb des Kirchenkreises des Bundes Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands e.V. (CPD) kann ein Zuschuss in Höhe von bis zu 2 Euro je Tag und Teilnehmenden gewährt werden, sofern auch der jeweils zuständige Landkreis die Freizeit bezuschusst. Für diese Gruppen gilt das Antrags- und Abrechnungsverfahren gemäß den Richtlinien des zuständigen Landkreises für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Jugendarbeit in der jeweils geltenden Fassung. Der Zuschuss pro Freizeit ist begrenzt auf 300 Euro.
- 4) für **Konfirmandenfreizeiten**:
 - a) Freizeiten *mit* Übernachtung:
Für jeden Teilnehmer oder jede Teilnehmerin bis zu 6 Tagen im Jahr pro Tag ein Zuschuss in Höhe von 10,00 Euro²⁰. Die Freizeit soll in der Regel mindestens an zwei aufeinander folgenden Tagen durchgeführt werden.
 - b) Freizeiten *ohne* Übernachtung:
Für diese Freizeiten ist eine Förderung nicht möglich.

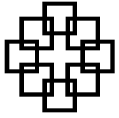
4) auf besonderen Antrag im Einzelfall

¹⁷ geändert durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 21. November 2017 (vormals 1,50 Euro)

¹⁸ geändert durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 21. November 2017 (vormals 4,50 Euro)

¹⁹ neu aufgenommen durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 21. November 2017

²⁰ geändert durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 21. November 2017 (vormals 2,50 Euro)



(2) Die erhöhten Reisekostenentschädigungen, die Vakanzvertreter von Pfarrstellen für An- und Abfahrten vom Dienort innerhalb des Kirchenkreises zum Vakanzort erhalten, werden vom Kirchenkreis über eine Ergänzungszuweisung finanziert.²¹

Abschnitt III

Baupflege

§ 17

Zuweisungen für Baupflege

(1) Zur Finanzierung der Ausgaben für die Baupflege²² wird den Kirchengemeinden für die vom Kirchenkreisvorstand anerkannten Gebäude oder Gebäudeteile eine Bau-Grundzuweisung sowie im Bedarfsfall eine Bau-Ergänzungszuweisung gewährt (anerkannte Gebäude oder Gebäudeteile für Bau-Ergänzungszuweisungen siehe Anlage 5). Ein Gebäude oder ein Gebäudeteil bleibt insoweit unberücksichtigt, als es nicht unmittelbar zur Wahrnehmung kirchlicher Aufgaben benötigt wird.

(2) Die Entscheidung, ob ein Gebäude ganz oder teilweise nach Absatz 1 unberücksichtigt bleibt, trifft der Kirchenkreisvorstand nach Anhörung des Kirchenvorstandes. Ausnahmen von Absatz 1 kann der Kirchenkreisvorstand insbesondere dann zulassen, soweit das Gebäude oder ein Gebäudeteil aus Gründen des Denkmalschutzes instand gehalten werden muss.

§ 18

Grundzuweisung für Kirchen- und Kapellengebäude

(1) Die Grundzuweisung für die vom Kirchenkreisvorstand anerkannten Kirchen- und Kapellengebäude bemisst sich auf der Basis der Anzahl der Kubikmeter des umbauten Raumes wie folgt:

Kirchen- und Kapellengebäude in einer Größe von²³

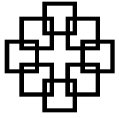
- a) bis 1 000 m³ =0,77 EUR pro m³
- b) 1.001 bis 2.500 m³ =0,75 EUR pro m³
- c) 2.501 bis 4.500 m³ =0,71 EUR pro m³
- d) 4.501 bis 7.500 m³ =0,66 EUR pro m³
- e) 7.501 bis 12.000 m³ =0,60 EUR pro m³
- f) über 12 000 m³ =0,54 EUR pro m³

²¹ neu aufgenommen durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 4. Dezember 2018

²² § 4 RechtsVOBau

²³ Sätze geändert durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 13. Dezember 2016; vormals

- a) " bis 1 000 m³ =0,57 EUR pro m³
- b) 1.001 bis 2.500 m³ =0,55 EUR pro m³
- c) 2.501 bis 4.500 m³ =0,51 EUR pro m³
- d) 4.501 bis 7.500 m³ =0,46 EUR pro m³
- e) 7.501 bis 12.000 m³ =0,40 EUR pro m³
- f) über 12 000 m³ =0,34 EUR pro m³



(2) Jede Kirchengemeinde erhält jeweils mindestens den Höchstbetrag der darunter liegenden Gruppe.

§ 19

Grundzuweisung für Gemeindehäuser und –räume

(1) Die Grundzuweisung für die vom Kirchenkreisvorstand anerkannten Gemeindehäuser und –räume bemisst sich nach einem Grundbetrag und nach einem m²-Zuschlag für die vom Kirchenkreisvorstand anerkannten Bedarfsflächen. Die Beträge bemessen sich wie folgt:

1. Grundbetrag = 150,00 Euro

2. Zuschlag für jeden anerkannten m² = 5,50 Euro²⁴

(2) Auf Grundlage der Anzahl der Gemeindeglieder werden folgende Bedarfsflächen für Gemeindehäuser und –räume anerkannt:

1. bei bis zu 800 Gemeindegliedern: bis zu 100 m²
2. bei 801 bis 1.000 Gemeindegliedern: bis zu 125 m²
3. bei 1.001 bis 1.500 Gemeindegliedern: bis zu 150 m²
4. bei 1.501 bis 2.000 Gemeindegliedern: bis zu 200 m²
5. bei 2.001 bis 3.000 Gemeindegliedern: bis zu 280 m²
6. bei 3.001 bis 4.000 Gemeindegliedern: bis zu 360 m²
7. bei 4.001 bis 6.000 Gemeindegliedern: bis zu 440 m²
8. bei 6.001 bis 8.000 Gemeindegliedern: bis zu 520 m²
9. bei mehr als 8.001 Gemeindegliedern: bis zu 600 m²

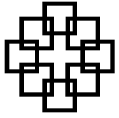
Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes sind die nach dem Datenbestand des Kirchlichen Rechenzentrums geführten und fortgeschriebenen Gemeindegliederverzeichnisse die maßgebliche Grundlage für die Zählung der Gemeindegliederzahl zum Stichtag 30. Juni des Vorjahres des Haushaltsplanjahres. Bei einem Doppelhaushalt gilt die Anzahl der Gemeindeglieder für beide Haushaltsplanjahre. Sicher erwartete Veränderungen bei der Zahl der Gemeindeglieder können berücksichtigt werden.

§ 20

Grundzuweisung für Pfarrhäuser

Für die vom Kirchenkreisvorstand anerkannten Pfarrhäuser wird eine Grundzuweisung in Höhe von 0,75 Euro je Kubikmeter des umbauten Raumes gewährt.

²⁴ Satz geändert durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 13. Dezember 2016; vormaliger Satz: 4,27 Euro



§ 21

Ergänzungszuweisung für Baupflege

(1) Die Kirchenvorstände melden dem Kirchenkreisvorstand jeweils bis zum 15. Februar und 15. Oktober die vorhersehbaren Baumaßnahmen des laufenden Rechnungsjahres, für die eine Ergänzungszuweisung beantragt wird. Die Kosten der Baumaßnahme sollen 500 Euro in der Summe überschreiten.

Den Anträgen sind in der Regel beizufügen:

- a) eine Stellungnahme der Außenstelle des Amtes für Bau- und Kunstpflege über Notwendigkeit, Art und Umfang der durchzuführenden Maßnahmen,
- b) eine Kostenschätzung mit Finanzierungsplan.

(2) Der Kirchenkreisvorstand entwickelt eine Gesamtdringlichkeitsliste und teilt den Kirchenvorständen mit, ob und in welcher Höhe eine Ergänzungszuweisung voraussichtlich gewährt werden kann.

(3) Für jede förderungsfähige Baumaßnahme hat die Kirchengemeinde eine Eigenbeteiligung in Höhe von 10 % zu tragen sowie anteilige Kosten für Schäden, die auf eine bisher unterlassene Bauunterhaltung zurückzuführen sind. Hiervon kann in begründeten Fällen abgesehen werden.

(4) Maßnahmen der laufenden Bauunterhaltung werden grundsätzlich nicht bezuschusst und sind aus der Grundzuweisung zu finanzieren. Gleiches gilt für Baumaßnahmen an Orgeln, Glocken, Läutemaschinen, Turmuhranlagen sowie für die Inneninstandsetzungen von Kirchen und Kapellen.

(5) Die endgültige Bewilligung der Ergänzungszuweisung erfolgt, wenn

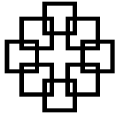
- a) die Kosten auf Grund von fachtechnisch geprüften Ausschreibungsergebnissen (mindestens zwei Kostenvoranschläge gemäß § 29 KonfHOK in Verbindung mit § 15 DBKonfHOK) verbindlich feststehen,
- b) die Gesamtfinanzierung gesichert ist und
- c) eine gegebenenfalls notwendige kirchenaufsichtliche Genehmigung vorliegt.

(6) Die Ergänzungszuweisungen sind grundsätzlich zweckgebunden und verfallen am jeweiligen Jahresende ohne vorherige Mitteilung des Kirchenkreises, soweit die Kirchengemeinde nicht innerhalb von zwei Jahren mit der beantragten Maßnahme begonnen hat.

§ 22

Schönheitsreparaturen in Pfarrdienstwohnungen

(1) Mit In-Kraft-Treten der Dienstwohnungsvorschriften am 1. Mai 1997 sind Zuschläge für Schönheitsreparaturen in voller Höhe neben der Dienstwohnungsvergütung von dem Dienstwohnungsinhaber oder von der Dienstwohnungsinhaberin an den Kirchenkreis zu entrichten. Der Kirchenkreis hat zur Vereinnahmung und Verwaltung dieser Mittel einen Schönheitsreparaturfonds eingerichtet, aus dem Mittel zur Finanzierung von Schönheitsreparaturen in Dienstwohnungen beantragt werden können.



(2) Schönheitsreparaturen sind Maßnahmen der Bauunterhaltung im Inneren, bei denen ohne Veränderung von Bauteilen oder Baumaterialien Veränderungen an der Ausstattung, insbesondere am Wandanstrich oder den Fußbodenbelägen, vorgenommen werden.

(3) Die Kirchenvorstände beantragen als hausverwaltende Stelle beim Kirchenkreisvorstand unter Versicherung, dass die Fristen gemäß Fristenplan für Anstriche und Tapezierungen eingehalten wurden, die zur Finanzierung der Schönheitsreparaturen notwendigen Mittel. Dem Antrag sind ferner mindestens zwei Kostenvoranschläge beizulegen, wobei eine Vermischung von Arbeiten anlässlich von Schönheitsreparaturen und Arbeiten anlässlich der normalen Bauunterhaltung unstatthaft ist.

(4) Die Ergänzungszuweisungen sind zweckgebunden und verfallen am jeweiligen Jahresende ohne vorherige Mitteilung des Kirchenkreises, soweit die Kirchengemeinde nicht innerhalb von zwei Jahren mit der beantragten Maßnahme begonnen hat.

§ 23

Nicht zuweisungsberechtigte Gebäude und Anlagen

Gebäude und Räumlichkeiten, die bei der Festsetzung der Grundzuweisung unberücksichtigt geblieben sind, müssen so bewirtschaftet werden, dass die Ausgaben für die Bauunterhaltung und Bauinstandsetzung einschließlich angemessener Rücklagen aus den Einnahmen des Gebäudes oder der Räumlichkeit aufgebracht werden können. Für diese Gebäude oder Räumlichkeiten werden vom Kirchenkreisvorstand keine Ergänzungszuweisungen gewährt.

Abschnitt IV Schuldendienste

§ 24 Schuldendienste

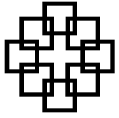
Schuldendienste werden nur insoweit berücksichtigt, als das der Kirchenkreisvorstand eine Schuldendiensthilfe zugesagt hat.

Abschnitt V Kindertagesstätten

§ 25 Grundzuweisung für Kindertagesstätten

(1) Der Kirchenkreis gewährt den Kirchengemeinden für jede bestehende landeskirchlich genehmigte Kindergartengruppe eine Grundzuweisung in Höhe von $\frac{2}{3}$ der bei der Gesamtzuweisung berücksichtigten landeskirchlichen Kindergartenpauschale. Die Grundzuweisungen berücksichtigen anteilig Personal-, Sach- und Baupflegeausgaben sowie Schuldendienste und die mit dem Kindergartengrundstück verbundenen Lasten und Abgaben.

(2) Für nicht während des gesamten Haushaltsjahres bestehende Gruppen vermindert sich die Grundzuweisung für jeden Monat um ein Zwölftel.



§ 26

Ergänzungszuweisung für Kindertagesstätten

- (1) Die Kirchenvorstände melden durch einen begründeten Antrag dem Kirchenkreisvorstand jeweils zum 15. Februar des laufenden Haushaltsjahres die Maßnahmen, Projekte oder Ähnliches, die für die Mitfinanzierung durch eine Ergänzungszuweisung in Betracht kommen.
- (2) Der Kirchenkreisvorstand entwickelt eine Prioritätenliste und teilt den Kirchenvorständen mit, ob und in welcher Höhe eine Ergänzungszuweisung gewährt werden kann. Der Kirchenkreisvorstand kann zur endgültigen Entscheidung eine Empfehlung des Kindergartenausschusses, welcher sich aus den Kindergartenträgern und den Leitern oder Leiterinnen der Kindergärten zusammensetzt, einholen.
- (3) Die Ergänzungszuweisungen sind grundsätzlich zweckgebunden und verfallen am jeweiligen Jahresende ohne vorherige Mitteilung des Kirchenkreises, soweit die Kirchengemeinde nicht innerhalb von zwei Jahren mit der beantragten Maßnahme begonnen hat.

Abschnitt VI

Ländereien

§ 27

Grundzuweisung für Ländereien

Die Grundzuweisung für die Ländereien der Kirchengemeinden sind in den Grundzuweisungen nach § 6 Absatz 1 enthalten.

§ 28

Ergänzungszuweisung für Ländereien

- (1) Für Aufwendungen zur Verbesserung und Erhaltung des Grundbesitzes der Dotationen Kirche und Küsterei sowie der Dotationen Pfarre und Pfarrwittum, z. B. Maßnahmen zur Ertragssteigerung, zur Bodenverbesserung (Meliorationen), Baumschnitt oder Erschließungs- und Anschlusskosten, können auf begründeten Antrag Ergänzungszuweisungen bewilligt werden. Über die Anträge entscheidet der Kirchenkreisvorstand.
- (2) Die Ergänzungszuweisungen für Ländereien sind grundsätzlich zweckgebunden und verfallen am jeweiligen Jahresende ohne vorherige Mitteilung des Kirchenkreises, soweit die Kirchengemeinde nicht innerhalb von zwei Jahren mit der beantragten Maßnahme begonnen hat.

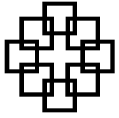
Abschnitt VII

Rücknahme von Zuweisungen

§ 29

Rückforderung und Widerruf von Zuweisungen

- (1) Die Rücknahme und Widerruf von Zuweisungen richtet sich nach § 27 Finanzausgleichsgesetz in Verbindung mit der Rechtsverordnung über die Finanzausgleichsverordnung.



(2) Zuweisungen, auch wenn sie bereits verwendet worden sind, können darüber hinaus nach § 89 Absatz 2 der Haushaltsordnung für kirchliche Körperschaften entsprechend den landesrechtlichen Bestimmungen zurückgefordert werden.

Abschnitt VIII **Anrechnung von Einnahmen**

§ 30 **Anrechnung von Einnahmen**

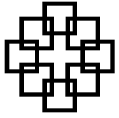
(1) Auf die Zuweisungen des Kirchenkreises werden eigene Einnahmen der Kirchengemeinden ganz oder teilweise wie folgt angerechnet:

1. Einnahmen aus Gebühren, ausgenommen die Gebühren für die Benutzung der Archivalien, sind auf die Grund- und Ergänzungszuweisungen voll anzurechnen.
2. Sonstige laufende Einnahmen aus Vermögen, das zur Erzielung von Erträgen bestimmt und nicht der Dotation Pfarre/ Pfarrwittum zugehörig ist, sind mit 90 vom Hundert auf die Grund- und Ergänzungszuweisungen anzurechnen. Gleiches gilt für Einnahmen aus Kapitalvermögen, soweit es sich um Grundstücksverkaufserlöse handelt.
3. Einnahmen aus Kapitalvermögen oder sonstigem Vermögen der Dotation Pfarre und des Pfarrwittums sind mit 100 vom Hundert auf die Grund- und Ergänzungszuweisungen anzurechnen.
4. Der Kirchenkreisvorstand kann bestimmen, dass bei Vergabe von Erbbaurechten und bei Abschluss von Verträgen über die Einräumung von Nutzungsrechten (z. B. Kiesabbau, Windkraftanlagen) mit einer Laufzeit von mindestens 20 Jahren der Erbbauzins sowie die Nutzungsentgelte für höchstens die ersten drei Jahre nicht angerechnet werden. Werden der Erbbauzins oder die Nutzungsentgelte nicht in gleichmäßigen Jahresraten vereinbart, so ist der je Jahr jeweils nicht anzurechnende Betrag unter Berücksichtigung der Zahlungen für die gesamte Vertragsdauer anteilig zu berechnen. Veränderungen auf Grund vertraglich vereinbarter Wertsicherungsklauseln bleiben unberücksichtigt.

Ergibt die Summe der anzurechnenden Beträge einen Betrag, der 100 Euro nicht übersteigt, kann auf eine Anrechnung verzichtet werden.

(2) Der Kirchenkreisvorstand kann bestimmen, dass

1. von der Anrechnung ganz oder teilweise ausgenommen werden
 - a) die Einnahmen aus Ablösungen von Lasten und aus Ablösungskapitalien sowie
 - b) die Zinseinnahmen aus Grundstücksverkaufserlösen in Fällen, in denen der Grundstücksverkaufserlös freigegeben wird,



2. auf die Zuweisungen die Einnahmen der Kirchengemeinde aus Leistungen Dritter für Zwecke, die bei den Zuweisungen berücksichtigt werden, ganz oder teilweise angerechnet werden,
3. einmalige Einnahmen der Kirchengemeinden aus Vermögen ganz oder teilweise auf die Zuweisungen angerechnet werden.

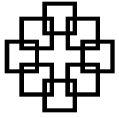
§ 31 Abzugsfähige Ausgaben

(1) Von den Einnahmen der Kirchengemeinden (§ 2) dürfen im Rahmen des Absatzes 3 ruhenden Abgaben und Lasten, die zur Erhaltung und Verwaltung der unbebauten Ländereien notwendigen Aufwendungen abgezogen werden, soweit nicht Dritte vertraglich oder gesetzlich zur Übernahme der Kosten verpflichtet sind. In Zweifelsfällen entscheidet der Kirchenkreisvorstand auf Antrag, ob Ausgaben abzugsfähig sind.

(2) Die Möglichkeit einer Verrechnung der Einnahmen mit den Aufwendungen bestehen jeweils nur innerhalb der jeweiligen Dotationen.

(3) Zu den abzugsfähigen Ausgaben gehören insbesondere:

1. Kosten der Rechnungsführung und Pachtverwaltung, soweit solche Gebühren aufgrund besonderer Regelungen erhoben werden, sowie Depotkosten;
2. Vermessungskosten sowie Kosten für Kataster- und Grundbuchunterlagen;
3. Grundsteuer, soweit Grundsteuerfreiheit aufgrund der Steuergesetze nicht in Anspruch genommen werden kann, Beiträge zu den Landwirtschaftskammern sowie Waldbrandversicherungsprämien;
4. Beiträge zu den Berufs- und Forstgenossenschaften, Wasser-, Boden- und ähnlichen Zweckverbänden und aus Anlass der Flurbereinigung;
5. Deich- und Siellasten, Kosten der Grabenreinigung und Wegeausbesserung sowie Lasten für Schöpfwerke und ähnliches;
6. Wege-, Straßen- und Brückenkosten sowie Erschließungs-, Anlieger- und Anschlusskosten (bei Anschluss- und Benutzungszwang) auf Grund des Baugesetzbuches oder des Kommunalabgabengesetzes (Beiträge und Kostenerstattungsansprüche) für die Herstellung, Anschaffung, Verbesserung, Erweiterung und Erneuerung einer Erschließungsanlage oder öffentlichen Einrichtungen;
7. Werbungskosten bei Forstarbeiten (Holzeinschlag, Wiederaufforstung und sonstige Instandhaltungsarbeiten);
8. Kosten von Maßnahmen zur Ertragssteigerung und Bodenverbesserung (Meliorationen) und für Erstaufforstung;
9. Anwalts- und Prozesskosten anlässlich einer genehmigten oder der Genehmigung nicht bedürftigen Rechtsverfolgung;
10. Vakanz- und sonstige Vertretungskosten, die bei der Vernehmung einer unbesetzten Pfarrstelle oder bei der Vertretung eines Pastors entstehenden, insbesondere die nach der Rechtsverordnung über die Vernehmung vakanter Pfarrstellen und über die vorübergehende Vertretung von Pastoren (Va-



kanz- und Vertretungsverordnung) zu zahlenden Entschädigungen oder soweit es in anderen Rechtsvorschriften bestimmt ist;

11. Sonstige Kosten, die im Einzelfall vom Kirchenkreisvorstand als abzugsfähig anerkannt sind.
12. Für Maßnahmen nach Nummer 2 und nach Nummern 6 bis 9 ist vor Veranlassung der Maßnahme die Zustimmung des Kirchenkreisvorstandes einzuholen, soweit im Einzelfall die Maßnahmenkosten voraussichtlich den Betrag von 2.500 Euro übersteigen werden.

(4) Einmalige Beiträge nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und einmalige Beiträge und Anschlusskosten nach landesrechtlichem Kommunalabgabenrecht (z.B. NKAG) sind für bebaubare, nicht für kirchliche Zwecke benötigte Grundstücke grundsätzlich befristet für die Dauer von fünf Jahren zu Zwecken der Zwischenfinanzierung abzugsfähig.

§ 32

Nicht abzugsfähige Ausgaben

Nicht zu den abzugsfähigen Ausgaben gehören insbesondere die Kosten für auf den dotationsgebundenen Ländereien stehenden Bauten (einschließlich Zubehör) und Anlagen (Wege, Einzäunungen, etc.) sowie sonstige Aufwendungen, für die die Kirchengemeinden Anspruch auf Gewährung von Zuweisungen nach anderen Bestimmungen haben.

§ 33

Nicht anrechenbare Einnahmen

- (1) Auf die Zuweisungen des Kirchenkreises werden Einnahmen der Kirchengemeinden aus § 2 Absatz 3 nicht angerechnet.
- (2) Das Gleiche gilt für Einnahmen, die durch den Betrieb oder durch die Unterhaltung von unselbständigen, aber selbstfinanzierenden Einrichtungen (z.B. Essen auf Rädern) oder bei der Hilfe für andere selbstständige kirchliche Einrichtungen erzielt werden.

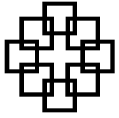
Teil 4

Rücklagen- und Darlehensfonds

§ 34

Bildung und Aufgaben des Fonds

- (1) Für den Kirchenkreis Syke-Hoya wird ein Rücklagen- und Darlehensfonds gebildet.
- (2) Der Rücklagen- und Darlehensfonds dient der gemeinsamen Anlage von Kapitalien und von Mitteln der Rücklagen des Kirchenkreises und der Kirchengemeinden (Einleger) mit dem Ziel, eine möglichst günstige Rendite zu erwirtschaften. Aus dem Rücklagen- und Darlehensfonds können an die Einleger Darlehen vergeben werden.
- (3) Die Einleger sollen ihr gesamtes Kapital und die Mittel der Rücklagen in den Fonds einbringen. Die Kapitalien für Grabpflegelegate und dotationsgebundene Kapitalien können gesondert verwaltet werden.



§ 35 Aufgaben des Kirchenkreisvorstandes

Der Kirchenkreisvorstand hat folgende Aufgaben:

- a) Verwaltung des Rücklagen- und Darlehnsfonds
- b) Aufstellung von Grundsätzen für die Anlage der Mittel des Rücklagen- und Darlehnsfonds und für die Geschäftsführung,
- c) Überwachung der Geschäftsführung,
- d) Festsetzung der Zinsen für Einlagen und Darlehen,
- e) Entscheidung über Anträge auf Vergabe von Darlehen,
- f) Stellungnahme zu den Rücklagen- und Darlehnsfonds betreffenden Teilen der Prüfungsberichte.

§ 36 Verzinsung von Einlagen

(1) Die Einlagen werden mit einem einheitlichen Zinssatz verzinst, soweit nichts anderes bestimmt ist. Die Zinsen sind jährlich nachträglich fällig. Die Höhe des Zinssatzes bestimmt der Kirchenkreisvorstand unter Berücksichtigung der Empfehlung des Finanzausschusses des Kirchenkreistages. Der Zinssatz soll nicht unter dem liegen, den die öffentlichen Sparkassen bei Spareinlagen mit jährlicher Kündigungsfrist gewähren. Über die Verwendung des nach Ausschüttung der Zinsen aus dem Jahresertrag verbleibenden Betrages entscheidet der Kirchenkreisvorstand.

(2) Die Kapitalien für Grabpflegelegat und dotationsgebundene Kapitalien werden mit dem Durchschnittszins des Rücklagen- und Darlehnsfonds verzinst.

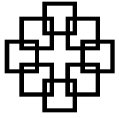
§ 37 Ausscheiden aus dem Fonds

Jeder Einleger kann mit einjähriger Kündigungsfrist zum Schluss eines jeden Jahres aus dem Fonds ausscheiden. Er erhält das eingezahlte Kapital in Geld zurück.

§ 38 Darlehen

(1) Aus dem Fonds können den Einlegern auf Antrag Darlehen gewährt werden. Die Gesamtausleihungen dürfen 30 vom Hundert des Gesamtbestandes des Fonds nicht überschreiten. Das Einzeldarlehen soll den Betrag von 50.000 Euro nicht überschreiten. Über den Antrag entscheidet der Kirchenkreisvorstand.

(2) Die Darlehen werden mit dem Nennbetrag ausgezahlt. Verwaltungskosten werden nicht erhoben. Die Laufzeit beträgt höchstens 10 Jahre.



- (3) Die Darlehen sind mit einem vom Kirchenkreisvorstand festzulegenden Zinssatz zu verzinsen, der sich an dem durch den Fonds durchschnittlich erzielten Zinsertrag orientieren soll.
- (4) Auf Antrag eines Einlegers kann der Kirchenkreisvorstand unter Berücksichtigung der Empfehlung des Finanzausschusses des Kirchenkreistages Darlehen zur Mitfinanzierung oder Zwischenfinanzierung von Baumaßnahmen gewähren, die im Einzelfall einen Betrag von 50.000 Euro sowie eine Laufzeit von 10 Jahren überschreiten.²⁵
- (5) Kirchengenehmigungsvorbehalte bleiben unberührt.

§ 39 Geschäftsführung

Die Geschäfts-, Kassen- und Rechnungsführung des Rücklagen- und Darlehnsfonds obliegt dem Kirchenkreisamt.

§ 40 Rechnungsführung

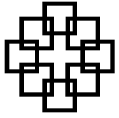
- (1) Für den Rücklagen- und Darlehnsfonds wird eine gesonderte Rechnung geführt, in der die Einlagen getrennt nach Einlegern und die Darlehen getrennt nach Empfänger nachzuweisen sind.
- (2) Die Zinseinnahmen und –ausgaben sowie die sonstigen Erträge und die Kosten des Fonds sind über den Haushalt des Kirchenkreises abzurechnen.

Teil 5 Grundsätze des Gebäudemanagements

§ 41 Grundsätze für Gebäudebestand

- (1) Die Zahl der Gebäude und die für kirchliche Arbeit genutzten Gemeinderaumflächen sollen auf das zur Sicherstellung des kirchlichen Auftrages notwendige Maß reduziert werden. Sinnvoll scheint dabei die Konzentration des Gebäudebestandes auf möglichst einen Standort.
- (2) Gewachsene Gebäudekomplexe um Kirchengebäude sollen unter Aufgabe von Nebenstandorten grundsätzlich erhalten und gestärkt werden.
- (3) Nicht zum unmittelbaren Kernbestand gehörende Gebäude sollen nur erhalten werden, wenn neben den Kosten für eine regelmäßige Bauunterhaltung und periodische Modernisierung auch eine marktübliche Rendite erwirtschaftet wird.
- (4) Möglichkeiten zur Mehrfachnutzung von Räumen und Gebäuden (innerhalb der Kirchengemeinde oder mit anderen Gemeinden oder Dritten) sind auszuschöpfen.

²⁵ ergänzt durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 25. September 2013



(5) Die Prioritäten in der Bauunterhaltung sind an der Erhaltung und Pflege des Kerngebäudebestandes auszurichten.

(6) Von den Kirchengemeinden sollen Beauftragte für den Gebäudebestand („Baubeauftragte“) eingesetzt werden.

§ 42

Grundsätze des Gebäudemanagements

(1) Um den kirchlichen Auftrag zu erfüllen, nutzen die Kirchengemeinden und der Kirchenkreis in vielfältiger Form Räume und Gebäude. In Gebäuden sind nicht nur erhebliche Vermögenswerte gebunden, sondern die Bewirtschaftung und Unterhaltung von Gebäuden beanspruchen und verbrauchen natürliche Ressourcen. Es ist daher auch aus dem Leitgedanken um die Bewahrung der den Menschen anvertrauten Schöpfung erforderlich, die Belastung der Umwelt und den Verbrauch der natürlichen Ressourcen so gering und umweltverträglich wie möglich zu halten.

(2) Um eine bedarfsgerechte Raumversorgung zu wirtschaftlichen Bedingungen und eine kostengünstige, aber trotzdem anforderungsgerechte Bewirtschaftung und Unterhaltung der genutzten Gebäude und Räumlichkeiten sicherzustellen, sind in einem einheitlichen Verfahren die Gebäude der Kirchengemeinden und des Kirchenkreises zu erfassen (Gebäudemanagement).

(3) Zielleitend ist hierbei zum einen der Gedanke, die benötigte Ressource möglichst wirtschaftlich und in hinreichender Qualität und Eignung zur Verfügung zu stellen und bedarfsgerecht zu betreuen. Art, Qualität, Quantität sowie zeitliche Beanspruchung von Gebäuden sind dabei in den Blick zu nehmen.

Zum anderen sind Immobilien ein durch einen besonders langen Lebenszyklus geprägtes Gut. Jede Entscheidung über Kauf, Bau, Sanierung, usw. birgt unweigerlich die Entscheidung über Kosten in den Folgejahren. Bei aktuellen Entscheidungen sind daher die Auswirkungen auf Folgejahre, Folge- und Parallelnutzungen des betroffenen Objekts sowie auch des Gesamtbestandes mit zu bedenken.

(4) Informationen und Wissen rund um den Immobilienbestand sind daher nicht nur innerhalb eines Haushaltsjahres in den Blick zu nehmen, sondern es müssen besonders die Lebenszyklen bei Immobilien mit betrachtet und mit bedacht werden.

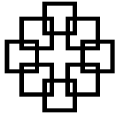
(5) Ein effektives Gebäudemanagement setzt dabei unter anderem genaue Kenntnisse der bestimmenden Strukturdaten und der Einzelbetriebskosten nach Art, Höhe und Zuordnung zu den Gebäuden voraus.

§ 43

Einführung eines einheitlichen Gebäudemanagements

(1) Der Kirchenkreis baut ein einheitliches Gebäudemanagement für die kirchlichen Gebäude und Gebäudeteile der Kirchengemeinden auf und pflegt dieses.

(2) Die Kirchengemeinden sind zur Mitwirkung verpflichtet, diese Daten zu sammeln und dem Kirchenkreis zum Aufbau und zur Führung eines Gebäudemanagements zukommen zu lassen.



Teil 6 Zentrale Dienste

§ 44

Kosten und Finanzierung der Mitarbeitervertretung

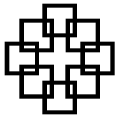
- (1) Die Kosten der Mitarbeitervertretung werden, soweit sie nicht einer Kirchengemeinde oder Einrichtungen oder anlassbezogen zuzuordnen sind, im Haushalt des Kirchenkreises geführt.
- (2) Zur Finanzierung der Kosten der Mitarbeitervertretung erfolgt über eine Umlage, bezogen auf die Anzahl der entgeltlich beschäftigten Mitarbeitenden (Kopfzahl) zum Stichtag 30. Juni des laufenden Haushaltsjahres. Der Umlagebeitrag pro Mitarbeiterkopf beträgt 100 Euro pro Jahr.

§ 45²⁶

Finanzierung des Kirchenamtes

- (1) Für die dem Kirchenamt nach § 67 Abs. 1 der Kirchenkreisordnung in Verbindung mit den §§ 61 und 64 Abs. 1 der Kirchengemeindeordnung obliegende Verwaltungshilfe für die Kirchenkreise und Kirchengemeinden erhält der Kirchenkreisverband als Träger des Kirchenamtes einen Betrag aus der dem Kirchenkreis zustehenden Gesamtzuweisung.
- (2) Soweit sich die Verwaltungshilfe nach Absatz 1 auf solche Aufgaben der kirchlichen Körperschaften erstreckt, deren Finanzierung nicht oder nur anteilig aus Mitteln der Gesamtzuweisung getragen wird oder ganz oder anteilig zu Lasten Dritter geht, hebt der Kirchenkreisverband als Träger des Kirchenamtes vom Kirchenkreis eine Verwaltungskostenumlage.
- (3) Der Kirchenkreis seinerseits erhebt von den kirchlichen Körperschaften eine Verwaltungskostenumlage nach Absatz 2 für folgende Aufgabenbereiche:
 - 1) Verwaltung von Kindertagesstätten,
 - 2) Verwaltung des Diakonischen Werkes einschließlich der Fachbereiche und -dienste sowie Projekte des Diakonischen Werkes,
 - 3) Verwaltung von Diakonie- und Sozialstationen,
 - 4) Verwaltung von Friedhöfen,
 - 5) Verwaltung von vermieteten Objekten,
 - 6) Verwaltung von verpachteten Liegenschaften,
 - 7) Verwaltung von überwiegend entgeltfinanzierten Einrichtungen oder Aktionen, wie zum Beispiel Photovoltaikanlagen.
- (4) Ausgenommen von Absatz 3 Ziffer 7 sind folgende entgeltfinanzierten Einrichtungen oder Aktionen:
 1. die Aktionen "Essen auf Rädern" der Kirchengemeinden Bruchhausen, Hassel und Eystrup,

²⁶ geändert durch Beschluss des Kirchenkreistages vom 13. Dezember 2016



2. der Eine-Welt-Laden der Kirchengemeinde Hoya ,
3. das Magazin der "Arbeitsgemeinschaft Heimatbote".

Der Kirchenkreisvorstand wird bevollmächtigt, diese Positivliste im Einzelfall insbesondere dann zu ergänzen, wenn es sich um diakonische Einrichtungen oder Aktionen von Kirchengemeinden handelt, die überwiegend ehrenamtlich organisiert und durch- oder ausgeführt werden²⁷.

(5) Grundlage für die Bemessung der Verwaltungskostenumlagen für die Aufgabenbereiche nach Absatz 3 Nr. 1 bis 4 sind die Aufwendungen, die in der Ergebnisrechnung im Vorvorjahr angefallen sind. Dabei werden folgende Aufwendungen unberücksichtigt gelassen:

- 1) Fehlbeträge aus Vorjahren

Die danach ermittelten Aufwandsvolumen sind auf volle hundert Euro auf- beziehungsweise abzurunden.

Steht das Aufwandsvolumen des Vorvorjahres nicht zur Verfügung, so können die Daten des Vorjahres oder des Planungsjahres zugrunde gelegt werden.

(6) Grundlage für die Bemessung der Verwaltungskostenumlagen für die Aufgabenbereiche nach Absatz 3 Nr. 5 bis 7 sind die Erträge, die in der Ergebnisrechnung im Vorvorjahr erzielt worden sind. Dabei werden folgende Erträge unberücksichtigt gelassen:

- 1) Sonderzuweisungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 FAG,
- 2) außerordentliche Erträge, Beihilfen und Spenden, soweit sie nicht zur Deckung des laufenden Haushaltsbedarfs bestimmt waren,
- 3) Überschüsse aus Vorjahren.

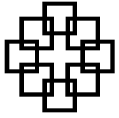
Die danach ermittelten Ertragsvolumen sind auf volle hundert Euro auf- beziehungsweise abzurunden.

Steht das Ertragsvolumen des Vorvorjahres nicht zur Verfügung, so können die Daten des Vorjahres oder des Planungsjahres zugrunde gelegt werden.

(7) Die Verwaltungskostenumlagen werden für Aufgabenbereiche nach Absatz 3 pauschal in Höhe eines Prozentsatzes der Bemessungsgrundlage erhoben. Für die Aufgabenbereiche gelten folgende Prozentsätze:

- 1) je Kindergarten oder Kinderspielkreis5,4 %
- 2) für das Diakonische Werk einschließlich der Fachbereiche
und –dienste und die Projekte des Diakonischen Werkes4,0 %
- 3) je Diakonie- und Sozialstation mit samt ihren Einrichtungen5,0 %
- 4) je Friedhof6,0 %
- 5) je vermietetem Objekt oder Wohneinheit4,0 %

²⁷ Der Kirchenkreisvorstand Syke-Hoya hat daher auf seiner Sitzung am 14. Dezember 2017 beschlossen, dass auch von den die Aktionen "Essen auf Rädern" der Kirchengemeinden Hoya und Martfeld keine Verwaltungskostenumlage erhoben werden soll (TOP 8)



- 6) vom Pachtzins5,0 %
7) je entgeltfinanzierter Einrichtung oder Aktion
(nach Absatz 3 Nr. 7)4,0 %

(8) Für die sonstige Verwaltungshilfe und für darüber hinausgehende Verwaltungshilfe für Dritte sind mit den Auftraggebern Regelungen über die Deckung der tatsächlich entstehenden personellen und sächlichen Kosten zu treffen.

Teil 7

Schlussbestimmungen

§ 46

Bekanntmachung

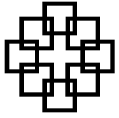
Die Finanzsatzung wird den Mitgliedern des Kirchenkreistages und den Vertretungsorganen der kirchlichen Körperschaften im Kirchenkreis schriftlich mitgeteilt sowie vom Tage der Versendung an im Kirchenkreisamt Syke zur Einsichtnahme ausgelegt. Änderungen werden in gleicher Weise bekannt gemacht.

§ 47

Inkrafttreten

Die Finanzsatzung tritt mit Wirkung zum 01. Januar 2009²⁸ in Kraft.

²⁸ die durch Beschluss des Kirchenkreistages am 4. Dezember 2018 beschlossenen Änderungen treten mit Wirkung zum 1. Januar 2019 in Kraft.



Anlagen zur Finanzsatzung des Kirchenkreises Syke-Hoya

Anlage 1

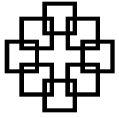
a) voraussichtliche Einnahmen § 1 Absatz 4

	2009	2010	2011	2012
Zuweisungsplanwert	5.085.500 Euro	4.901.000 Euro	4.822.000 Euro	4.743.000 Euro
Bes. Schlüssel Sakralbau	265.000 Euro	265.000 Euro	265.000 Euro	265.000 Euro
Bes. Schlüssel Kita	160.000 Euro	155.000 Euro	150.000 Euro	150.000 Euro
Erträge Dotation Pfarre	250.000 Euro	250.000 Euro	250.000 Euro	250.000 Euro
Erträge Dotation Kirche/ Küsterei	50.000 Euro	50.000 Euro	50.000 Euro	50.000 Euro
Verw.-Kosten-Umlage	135.000 Euro	135.000 Euro	135.000 Euro	135.000 Euro
Sonstige Einn. (Zinseinn.)	90.000 Euro	90.000 Euro	90.000 Euro	90.000 Euro
Rücklagenentnahmen				
Summe 1:	6.035.500 Euro	5.846.000 Euro	5.762.000 Euro	5.683.000 Euro
abzgl. Schwankungsreserve § 1 Abs. 4 (-1,5%)	-90.500 Euro	-87.600 Euro	-86.400 Euro	-85.200 Euro
Einnahmen Finanzplanung:	5.945.000 Euro	5.758.400 Euro	5.675.600 Euro	5.597.800 Euro

(Aufstellung gerundet und ohne selbstfinanzierende Einrichtungen ("Selbstabschließer"))

b) Verwendung der voraussichtlichen Einnahmen für

	2009	2010	2011	2012
Personalkosten	4.605.000 Euro	4.450.000 Euro	4.384.000 Euro	4.310.000 Euro
Kindertagesstätten	160.000 Euro	155.000 Euro	150.000 Euro	150.000 Euro
Bau- u. Sachausgaben	1.180.000 Euro	1.153.400 Euro	1.141.600 Euro	1.137.800 Euro
	5.945.000 Euro	5.758.400 Euro	5.675.600 Euro	5.597.800 Euro



Anlage 2

Festlegung der Obergrenze

Die Obergrenze für die Stellenrahmenplanung 2009 bis 2012 wurde laut Empfehlung des Finanzausschusses des Kirchenkreistages vom 10. April 2007 durch Beschluss des Kirchenkreisvorstandes vom 19. April 2007 auf 4.310.000 Euro festgesetzt.

Anlage 3

Beispiel zur Regelung § 9 Abs. 2 Fußnote 5 "Bemessung des Personalumfanges"

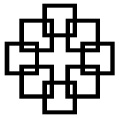
Die Kirchengemeinde A verfügt über folgende Stellen:

lfd. Nr.:	Ort, Gebäude	Stundenumfang gem. Richtlinie	tatsächlicher Besetzungsumfang	Besetzung
1.	Küsterdienst	6,00 WStd.	8,00 WStd.	Herr A.
2.	Außenpflege, insgesamt	5,50 WStd.	7,50 WStd.	Frau B.
3.	Raumpflege Gemeindehaus	7,35 WStd.	5,35 WStd.	Frau C.
4.	Raumpflege Kirche	3,50 WStd.	2,50 WStd.	Herr D.
	SOLL:	22,35 WStd.	23,35 WStd.	
Differenz (SOLL - IST) verbleibt:			-1,00 WStd.	

Wenn im vorstehenden Fall beispielsweise die Mitarbeiterin C. auf der Stelle Nr. 3 (Raumpflege Gemeindehaus) aus dem aktiven Dienst ausscheiden würde, so hätte die Kirchengemeinde zunächst durch eine Änderung der Arbeitsverteilung innerhalb der Kirchengemeinde dafür Sorge zu tragen, dass die Reinigungsarbeiten mit übernommen werden.

lfd. Nr.:	Ort, Gebäude	Stundenumfang gem. Richtlinie	tatsächlicher Besetzungsumfang	Besetzung
1.	Küsterdienst	6,00 WStd.	8,00 WStd.	Herr A.
2.	Außenpflege, insgesamt	5,50 WStd.	7,50 WStd.	Frau B.
3.	Raumpflege Gemeindehaus	7,35 WStd.	- WStd.	unbesetzt
4.	Raumpflege Kirche	3,50 WStd.	2,50 WStd.	Herr D.
	SOLL:	22,35 WStd.	18,00 WStd.	
	abzgl. Gemeinschaftsabschlag	-2,23 WStd.		
Differenz (SOLL - IST) verbleibt (Summe Stellenpool)			2,12 WStd.	

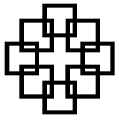
Eine Wiederbesetzung der Reinigungsstelle wäre demnach nur im Umfang von 4,35 Wochenstunden möglich.



Anlage 4

Anerkannte Gemeindehaus- und Gemeinderaumflächen zur Regelung § 15 Abs. 1 Ziffer 6

Kirchengemeinde	Gemeindeglieder Stand: 30.06.2008	Gemeinderaumflächen nach § 19 Abs. 2 Finanzsatzung	gerundete Gemeinderaumflächen
Asendorf	2.079	206,32 m ²	207 m²
Barrien	5.271	410,84 m ²	411 m²
Bassum	8.517	540,68 m ²	541 m²
Brinkum	4.319	372,76 m ²	373 m²
Bruchhausen	2.009	200,72 m ²	201 m²
Bücken	2.357	228,56 m ²	229 m²
Colnrade	804	100,50 m ²	101 m²
Eitzendorf	402	50,25 m ²	51 m²
Eystrup	2.824	265,92 m ²	266 m²
Harpstedt	6.270	450,80 m ²	451 m²
Haßbergen	1.148	132,40 m ²	133 m²
Hassel	1.507	150,70 m ²	151 m²
Heiligenfelde	2.078	206,24 m ²	207 m²
Heiligenloh	1.037	126,85 m ²	127 m²
Heiligenrode	3.522	321,76 m ²	322 m²
Hoya	2.477	238,16 m ²	239 m²
Hoyerhagen	720	90,00 m ²	90 m²
Leeste	6.696	467,84 m ²	468 m²
Magelsen	270	33,75 m ²	34 m²
Martfeld	1.832	183,20 m ²	184 m²
Nordwohlde	1.083	129,15 m ²	130 m²
Schwarme	1.657	165,70 m ²	166 m²
Seckenhausen	1.805	180,50 m ²	181 m²
Sudwalde	1.542	154,20 m ²	155 m²
Syke	6.004	440,16 m ²	441 m²
Twistringen	2.616	249,28 m ²	250 m²
Vilsen	3.816	345,28 m ²	346 m²
Wechold	1.036	126,80 m ²	127 m²
Weyhe	8.765	550,60 m ²	551 m²
Summe :	84.463	7119,92 m²	7133 m²

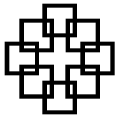


Anlage 5

Anerkannte Gebäude oder Gebäudeteile für Bau-Ergänzungszuweisung zur Regelung § 17 Abs. 1

a) Kirchen und Kapellen

Kirchen- gemeinde	Nutzungs- art	Adresse	Denkmal	Kubatur
Asendorf	Kirche	Am Kirchplatz 5, 27330 Asendorf	Ja	5.340,00 m ³
Barrien	Kirche	Glockenstraße 6, 28857 Syke-Barrien	Ja	4.095,00 m ³
Bassum	Kirche	Stift, 27211 Bassum	Ja	14.974,00 m ³
Bassum/ Neubruchhausen	Kirche	Hauptstraße 13, 27211 Bassum-Nordwohlde	Nein	1.123,00 m ³
Brinkum	Kirche	Kirchstraße 1a, 28816 Stuhr-Brinkum	Ja	6.202,00 m ³
Bruchhausen	Kirche	Schöne Reihe 10, 27305 Bruchhausen-Vilsen	Ja	1.811,00 m ³
Bücken	Kirche	Am Markt 3, 27333 Bücken	Ja	12.181,00 m ³
Colnade	Kirche	Kirchstraße 5, 27243 Colnade	Ja	4.897,00 m ³
Eitzendorf	Kirche	Eitzendorf 69, 27318 Hilgermissen	Ja	4.050,00 m ³
Eystrup	Kirche	Kirchstraße 20, 27324 Eystrup	Ja	3.443,00 m ³
Harpstedt	Kirche Harpstedt	Am Marktplatz, 27243 Harpstedt	Ja	10.394,00 m ³
Haßbergen	Kirche	Am Kirchplatz, 31626 Haßbergen	Nein	1.605,00 m ³
Hassel	Kirche	An der Kirche 2, 27324 Hassel	Ja	1.573,00 m ³
Hassel/ Hämelhausen	Kapelle	Hirtenweg, 27324 Hämelhausen	Nein	731,00 m ³
Heiligenfelde		An der Kirche, 28857 Syke-Heiligenfelde	Ja	4.062,00 m ³
Heiligenloh	Kirche	Am Pfarrgarten, 27239 Twistringen	Ja	3.441,00 m ³



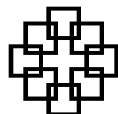
Kirchen- gemeinde	Nutzungs- art	Adresse	Denkmal	Kubatur
Heiligenrode	Kirche	Auf dem Kloster 5, 28816 Stuhr-Heiligenrode	Ja	2.210,00 m ³
Heiligenrode	Kapelle Fahrenhorst	Zum Warwer Sand, 28816 Stuhr-Heiligenrode	Nein	808,00 m ³
Hoya	Kirche	von-Staffhorst-Straße 7, 27318 Hoya	Nein	5.280,00 m ³
Hoyerhagen	Kirche	Zum Burbrink 17, 27318 Hoyerhagen	Ja	1.407,00 m ³
Leeste	Kirche	Henry-Wetjen-Platz, 28844 Weyhe-Leeste	Ja	3.454,00 m ³
Magelsen	Kirche	Magelsen 42, 27318 Hilgermissen	Ja	3.830,00 m ³
Martfeld	Kirche	Alter Schulweg, 27327 Martfeld	Ja	4.843,00 m ³
Nordwohlde	Kirche	27211 Bassum	Ja	2.191,00 m ³
Schwarme	Kirche	Kirchstraße 22a, 27327 Schwarme	Ja	4.846,00 m ³
Seckenhausen	Kirche	Industriestraße 8, 28816 Stuhr-Seckenhausen	Nein	2.109,00 m ³
Sudwalde	Kirche	Affinghäuser Straße 53, 27257 Sudwalde	Ja	1.502,00 m ³
Syke	Kirche	Nienburger Straße 1, 28857 Syke	Ja	7.835,00 m ³
Twistringen	Kirche	Bahnhofsstraße 46, 27239 Twistringen	Ja	1.583,00 m ³
Vilsen	Kirche	Kirchplatz, 27305 Bruchhausen-Vilsen	Ja	7.401,00 m ³
Wechold	Kirche	Wechold 93, 27318 Hilgermissen	Ja	7.470,00 m ³
Weyhe	Kirche	Kirchplatz, 28844 Weyhe	Ja	8.966,00 m ³

Anlage 5

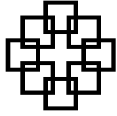
Anerkannte Gebäude oder Gebäudeteile für Bau-Ergänzungszuweisung zur Regelung § 17 Abs. 1

b) Gemeindehäuser und -räume

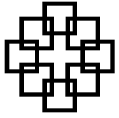
Kirchen- gemeinde	Nutzungsart	Anschrift	Fläche					EZ grds. max. bis zu
			Gebäude	a)	b)	c)	d)	
			Fläche	Gemeindehaus- Fläche gesamt	Fläche nach dem Raumprogramm	Abweichung a) zu b)	Anerkennung in Prozent	
Asendorf	Gemeindehaus	St. Marcellustr. 7, 27330 Asendorf	263,16 m²	263,160 m²	207,00 m²	56,160 m²	78,71%	80%
Barrien	Gemeindehaus	Glockenstr. 12, 28857 Barrien	255,00 m ²					
Barrien	Pfarrbüro im Pfarr- haus I	Glockenstr. 14, 28857 Barrien	31,69 m ²					
Barrien	Gemeindehaus	Ristedter Str. 19, 28857 Barrien	133,21 m ²					
Barrien	Gemeindehausgesamtfläche:		419,90 m²	419,90 €	411,00 m²	8,900 m²	97,88%	100%
Bassum	Gemeinderäume im Pfarrhaus II	Querstr. 12, 27211 Bassum	58,68 m ²					
Neubruh- hausen (Bassum)	Gemeindehaus	Burgholzwiesen 4, 27211 Bassum	125,02 m ²					
Bassum	Gemeindehaus	Stift 6, 27211 Bassum	432,15 m ²					
Bassum	Gemeindehausgesamtfläche:		615,85 m²	615,850 m²	541,00 m²	74,850 m²	87,85%	90%
Brinkum	Gemeindehaus	Kirchstr. 1, 28816 Brinkum	461,31 m²	461,310 m²	373,00 m²	88,310 m²	80,86%	85%
Bruchhausen	Gemeindehaus	Schöne Reihe 10, 27305 Bruchhausen-Vilsen	324,22 m²	324,220 m²	201,00 m²	123,220 m²	61,99%	65%
Bücken	Gemeindehaus	Marktstr. 22, 27333 Bücken	297,86 m²	297,860 m²	229,00 m²	68,860 m²	76,88%	80%
Colnrade	Gemeindehaus	Pastorengarten 4, 27243 Colnrade	103,70 m²	103,700 m²	101,00 m²	2,700 m²	97,40%	100%
Eitzendorf	Gemeindehaus	Eitzendorf 72, 27318 Hilgermissen	93,14 m²	93,140 m²	51,00 m²	42,140 m²	54,76%	55%



Kirchen- gemeinde	Nutzungsart	Anschrift	Fläche					EZ grds. max. bis zu
			Gebäude	a)	b)	c)	d)	
			Fläche	Gemeindehaus- Fläche gesamt	Fläche nach dem Raumprogramm	Abweichung a) zu b)	Anerkennung in Prozent	
Eystrup	Gemeindehaus	Kirchstr. 18, 27324 Eystrup	267,17 m²	267,170 m²	266,00 m²	1,170 m²	99,56%	100%
Harpstedt	Gemeinderäume/ Pfarrb. Pfarrhaus I	1. Kirchstr. 2, 27243 Harpstedt	239,00 m ²					
Harpstedt	Gemeinderäume im Pfarrhaus II	2. Kirchstr. 2, 27243 Harpstedt	183,44 m ²					
Harpstedt	Gemeindehausgesamtfläche:		422,44 m²	422,440 m²	451,00 m²	-28,560 m²	100,00%	100%
Haßbergen	Gemeindehaus	Lange Str. 23, 31626 Haßbergen	170,47 m²	170,470 m²	133,00 m²	37,470 m²	78,02%	80%
Hassel	Gemeindehaus und Gemeindebüro	An der Kirche 2, 27324 Hassel	279,08 m²	279,080 m²	151,00 m²	128,080 m²	54,11%	55%
Heiligenfelde	Gemeinderäume und Jugendräume am Pfarrhaus	Heiligenfelder Str. 5, 28857 Syke	337,50 m²	337,500 m²	207,00 m²	130,500 m²	61,33%	65%
Heiligenloh	Gemeindehaus	Am Pfarrgarten 2, 27239 Twistringen	135,67 m²	135,670 m²	127,00 m²	8,670 m²	93,61%	95%
Heiligenrode	Pfarrscheune / Gemeinderäume	Auf dem Kloster 5, 28816 Heiligenrode	275,95 m ²					
Heiligenrode	Gemeinderäume im Küsterhaus	Auf dem Kloster 3, 28816 Heiligenrode	126,06 m ²					
Heiligenrode	Gemeindehausgesamtfläche:		402,01 m²	402,010 m²	322,00 m²	80,010 m²	80,10%	85%
Hoya	Gemeindezentrum	Von Staffhorst-Strr. 7, 27318 Hoya	622,00 m²	622,000 m²	239,00 m²	383,000 m²	38,42%	40%
Hoyerhagen	Gemeindehaus	Vogelsang 2, 27318 Hoyerhagen	175,71 m²	175,710 m²	90,00 m²	85,710 m²	51,22%	55%
Leeste	Gemeinderäume im Pfarrhaus I	Schulstr. 1, 28844 Weyhe-Leeste	401,78 m ²					
Leeste	Gemeinderäume am Pfarrhaus II	Geestfurth 24, 28844 Weyhe-Leeste	85,27 m ²					
Leeste	Gemeinderäume am Pfarrhaus III	Böttcherei 55, 28844 Weyhe-Leeste	114,16 m ²					



Kirchen- gemeinde	Nutzungsart	Anschrift	Fläche					EZ grds. max. bis zu
			Gebäude	a)	b)	c)	d)	
			Fläche	Gemeindehaus- Fläche gesamt	Fläche nach dem Raumprogramm	Abweichung a) zu b)	Anerkennung in Prozent	
Leeste	Gemeinderäume im Küsterhaus	Henry-Wetjen-Platz 1, 28444 Weyhe-Leeste	138,11 m ²					
Leeste	Gemeindehausgesamtfläche:		739,32 m²	739,320 m²	468,00 m²	271,320 m²	63,30%	65%
Magelsen	Gemeindesaal im Küsterhaus	Magelsen 42, 27316 Hilgermissen	91,95 m²	91,950 m²	34,00 m²	57,950 m²	36,98%	40%
Martfeld	Gemeindehaus	Kirchstraße 11, 27327 Martfeld	346,01 m²	346,010 m²	184,00 m²	162,010 m²	53,18%	55%
Nordwohldede	Gemeindehaus	Nordwohlder Dorfstr. 20, 27211 Bassum	245,56 m²	245,560 m²	130,00 m²	115,560 m²	52,94%	55%
Schwarme	Gemeindehaus	Verdener Str. 1, 27327 Schwarme	252,31 m²	252,310 m²	166,00 m²	86,310 m²	65,79%	70%
Seckenhausen	Gemeinderäume an der Kirche	Industriestr. 8, 28816 Seckenhausen	226,89 m²	226,890 m²	181,00 m²	45,890 m²	79,77%	80%
Sudwalde	Gemeindehaus	Affinghäuser Str. 53,27257 Sudwalde	194,40 m²	194,400 m²	155,00 m²	39,400 m²	79,73%	80%
Syke	Gemeindehaus	Kirchstr. 3, 28857 Syke	548,24 m²	548,240 m²	441,00 m²	107,240 m²	80,44%	85%
Twistringen	Gemeindehaus	Bernhardstr. , 27239 Twistringen	158,36 m²	158,360 m²	250,00 m²	-91,640 m²	100,00%	100%
Vilsen	Gemeindehaus	Am Hohen Kamp 5, 27305 Bruchh. -Vilsen	422,66 m²	422,660 m²	346,00 m²	76,660 m²	81,86%	85%
Wechold	Gemeindehaus	Wechold 94, 27318 Hilgermissen	416,29 m²	416,290 m²	127,00 m²	289,290 m²	30,51%	35%
Weyhe	Gemeinderäume am Pfarrhaus I	Kirchweg 24, 28844 Weyhe	291,53 m ²					
Weyhe	Gemeindehaus Lahausen	Kleiberweg 31, 28844 Weyhe	239,61 m ²					
Weyhe	Gemeindehausgesamtfläche:		531,14 m²	531,140 m²	551,00 m²	-19,860 m²	100,00%	100%

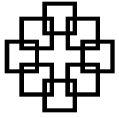


Anlage 5

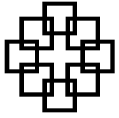
Anerkannte Gebäude oder Gebäudeteile für Bau-Ergänzungszuweisung zur Regelung § 17 Abs. 1

c) Pfarrhäuser

Kirchen- gemeinde	Nutzungs- art	<i>Adresse</i>	<i>Denkmal</i>	<i>Kubatur</i>
Asendorf	Pfarrhaus	Am Kirchplatz 5, 27330 Asendorf	Nein	1.743,00 m ³
Barrien	Pfarrhaus I	Glockenstraße 14, 28857 Syke-Barrien	Nein	1.251,00 m ³
Barrien	Pfarrhaus II	Ristedter Straße 19, 28857 Syke-Barrien	Nein	1.060,00 m ³
Bassum	Pfarrhaus I Ost	Pastorenweg 1, 27211 Bassum	Ja	1.922,00 m ³
Bassum	Pfarrhaus II West	Querstraße 12, 27211 Bassum	Nein	1.665,00 m ³
Brinkum	Pfarrhaus I	Kirchstraße 1, 28816 Stuhr Brinkum	Nein	1.335,00 m ³
Brinkum	Pfarrhaus II	Bremer Straße 37, 28816 Stuhr-Brinkum	Ja	1.035,00 m ³
Bruchhausen	Pfarrhaus	Schöne Reihe 12, 27305 Bruchhausen-Vilsen	Nein	1.375,00 m ³
Bücken	Pfarrhaus	Marktstraße 23, 27333 Bücken	Nein	2.244,00 m ³
Eystrup	Pfarrhaus	Kirchstraße 18, 27324 Eystrup	Nein	995,00 m ³
Harpstedt	Pfarrhaus I	1. Kirchstraße 2, 27243 Harpstedt	Ja	1.698,00 m ³
Harpstedt	Pfarrhaus II	2. Kirchstraße 2, 27243 Harpstedt	Ja	1.090,00 m ³
Haßbergen	Pfarrhaus	Am Kirchplatz, 31626 Haßbergen	Nein	1.002,00 m ³
Hassel	Pfarrhaus	An der Kirche 2, 27324 Hassel	Nein	1.072,00 m ³
Heiligenfelde	Pfarrhaus	Heiligenfelder Straße 5, 28857 Syke-Heiligenfelde	Nein	857,00 m ³
Heiligenloh	Pfarrhaus	Am Pfarrgarten, 27239 Twistringen	Nein	1.251,00 m ³



Kirchen- gemeinde	Nutzungs- art	Adresse	Denkmal	Kubatur
Heiligenrode	Pfarrhaus	Auf dem Kloster 5, 28816 Stuhr-Heiligenrode	Ja	1.388,00 m ³
Hoya	Pfarrhaus	von-Staffhorst-Straße 7, 27318 Hoya	Nein	810,00 m ³
Leeste	Pfarrhaus I	Schulstraße 1, 28844 Weyhe-Leeste	Nein	1.316,00 m ³
Leeste	Pfarrhaus II	Geestfurth 24, 28844 Weyhe-Leeste	Nein	1.155,00 m ³
Leeste	Pfarrhaus III	Böttcherei 55, 28844 Weyhe-Leeste	Nein	1.079,00 m ³
Martfeld	Pfarrhaus	Alter Schulweg 8, 27327 Martfeld	Nein	1.085,00 m ³
Nordwohlde	Pfarrhaus	Forellenweg 4, 27211 Bassum-Nordwohlde	Nein	1.391,00 m ³
Schwarme	Pfarrhaus	Kirchstraße 22, 27327 Schwarme	Nein	1.712,00 m ³
Seckenhausen	Pfarrhaus	Glockenweg 4, 28816 Stuhr-Seckenhausen	Nein	949,00 m ³
Sudwalde	Pfarrhaus	Affinghäuser Straße 53, 27257 Sudwalde	Nein	998,00 m ³
Syke	Pfarrhaus I	Hermannstraße 4, 28857 Syke	Nein	1.788,00 m ³
Syke	Pfarrhaus II	Bgm-Jürgens-Straße 3, 28857 Syke	Nein	1.143,00 m ³
Syke	Pfarrhaus III	Lieke Dör 4, 28857 Syke	Nein	1.135,00 m ³
Twistringen	Pfarrhaus	Bahnhofsstraße 44, 27329 Twistringen	Nein	1.345,00 m ³
Vilsen	Pfarrhaus	Kirchplatz 3, 27305 Bruchhausen-Vilsen	Ja	1.563,00 m ³
Wechold	Pfarrhaus	Wechold 93, 27318 Hilgermissen	Nein	1.088,00 m ³
Weyhe	Pfarrhaus I	Kirchweg 24, 28844 Weyhe	Nein	1.182,00 m ³
Weyhe	Pfarrhaus III (Sudweyhe)	Braunlager Straße 1, 28844 Weyhe	Nein	1.074,00 m ³



Anlage 6

Beispiel zur Regelung § 19 Abs. 2

"Bemessung der Bedarfsflächen für Gemeindehäuser und –räume“

Beispiel: Eine Kirchengemeinde zählt zum Februar 2008 insgesamt 6.685 Gemeindemitglieder.

Somit ergibt sich folgende Berechnung

- Anzahl der Gemeindemitgliederzahl der Kirchengemeinde zum Stichtag 30. Juni 2007 = 6.709 Gemeindemitglieder.

Auszug aus der Stufentabelle nach § 19 Abs. 2:

- bei 4.001 bis 6.000 Gemeindemitgliedern: bis zu 440 qm
- bei 6.001 bis 8.000 Gemeindemitgliedern: bis zu 520 qm

$$6.709 \text{ Gemeindemitglieder: } 440 \text{ qm} + \frac{80 \times 709}{2000} = \underline{\underline{468,36 \text{ qm max. Bedarfsfläche}}}$$